



# Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA

München

## Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

### 1. Grundlagen des Unternehmens

#### 1.1. Grundlagen der Gesellschaft

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA (im folgenden „BMS“ oder „Gesellschaft“) ist eine 100%-Tochter der Bristol-Myers Squibb Holding Germany GmbH & Co. KG, München und wird in den Konzernabschluss der Bristol-Myers Squibb Co., New York, welche an der New York Stock Exchange notiert ist, einbezogen.

#### 1.2. Geschäftsmodell

Bristol-Myers Squibb ist ein weltweit tätiges Bio Pharma-Unternehmen und fokussiert sich auf die Erforschung, Entwicklung und Bereitstellung von innovativen Medikamenten, die Patienten dabei helfen, schwere Erkrankungen zu überwinden.

Die Forschungs- und Entwicklungsstrategie von Bristol-Myers Squibb konzentriert sich auf Krankheitsbereiche mit hohem therapeutischem Bedarf. Die Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte liegen in der Onkologie, Immunoscience, Hämatologie, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und fibrotischen Erkrankungen.

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA vertreibt diese Produkte auf dem deutschen Markt und bezieht Medikamente sowie unterstützende Dienstleistungen von Gruppengesellschaften.

#### Forschung und Entwicklung

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA ist eine Vertriebsgesellschaft und unterhält keine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung zur Entwicklung von Produkten. Die Forschungs- und Entwicklungsleistungen erfolgen durch die Muttergesellschaft und werden auf Gruppenebene weiterbelastet. Jedoch werden klinische Studien insbesondere als Auftragsforschung in Deutschland durchgeführt.

### 2. Wirtschaftsbericht

#### 2.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland ist im Jahr 2024 um 0,2%<sup>1</sup> im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Die Reduzierung der Wirtschaftsleistung ist bedingt durch konjunkturelle und strukturelle Belastungen im Jahr 2024. Durch die zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft und den hohen Energiekosten und ein weiterhin erhöhtes Zinsniveau konnte im Jahr 2024 keine positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erzielt werden. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2024 6,0%<sup>2</sup> und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (5,7%) um +0,3%-punkte. Die Verbraucherpreise sind im Gegensatz zum Vorjahr um 2,2% gestiegen<sup>3</sup>.

#### 2.2. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

##### Entwicklung des Pharmamarkts

Im Jahr 2024 konnte der deutsche Pharmamarkt laut Marktbericht<sup>4</sup> von IQVIA Commercial ein Umsatzzuwachs von 7,8% erzielen. Das Gesamtvolumen betrug laut IQVIA damit EUR 64,5 Mrd. zu Herstellerabgabepreisen, d.h. ohne Umsatzsteuer, ohne Herstellerrabatte und ohne Rabatte im Rahmen von Direktverträgen mit Krankenkassen.



86% der Umsätze wurden im Apothekenmarkt und 14% im Klinikbereich erzielt. Die Umsatzentwicklung war positiv mit Zuwächsen zwischen +7,8% (Apothekenmarkt) und +7,5% (Klinikmarkt). Die Absatzentwicklung war leicht positiv im Apothekenmarkt mit +1,7% und im Klinikmarkt mit +1,8%.

Auch im Jahr 2024 musste die pharmazeutische Industrie und die Apotheken Rabatte an die Krankenkassen gewähren. IQVIA kalkuliert sie als:

1. Zwangsabschläge, die prozentual je nach Produktstatus (patentgeschützt, generisch mit/ohne Festbetrag, etc.) monatlich gemäß Rezepteinreichung abgeführt werden für Produkte, die vor 2011 eingeführt wurden.
2. Einsparungen durch Zwangsabschläge bei AMNOG-Produkten (nach 2011 eingeführt), die zum Teil wie unter 1. beschrieben gezahlt oder aber bereits in den Preisverhandlungen einberechnet und abgelöst wurden.
3. Fixe Rabatte der Apotheken pro abgegebener Packung.
4. Diese Rabatte beliefen sich im Jahr 2024 insgesamt für GKV, PKV und Krankenhaus auf rund EUR 11,2 Mrd. (-3%).

### Entwicklung des Apothekenmarkts

Der Apothekenmarkt verbucht im Kalenderjahr 2024 ein Umsatzwachstum von fast 8%. Es wurden knapp 1,72 Mrd. Packungen (+1,4 %) im Wert von EUR 55,4 Mrd. (zum Abgabepreis des pharmazeutischen Unternehmers, inkl. Impfstoffen und Testdiagnostika) an Patienten abgegeben.<sup>5</sup>

### Entwicklung des Klinikmarkts

Der Krankenhausmarkt verzeichnete 2024 ein Umsatzwachstum von 7,5%, während der Arzneimittelverbrauch ebenfalls zunahm, was zu einem Anstieg der Verkaufsmenge um +1,8 % führte.

Die führenden zehn Arzneimittelgruppen im Klinikmarkt vereinen 62% (EUR 5,7 Mrd.) des gesamten Umsatzes im stationären Sektor auf sich. Die führende Gruppe wuchs im Jahr 2024 mit zweistelligen Raten: L01X Sonstige Antineoplastika (+16,2%).<sup>6</sup>

## 2.3. Geschäftsverlauf

Insgesamt erzielte die Gesellschaft in Deutschland im Geschäftsjahr 2024 einen Umsatz von EUR 2.531 Mio. (Vorjahr: EUR 2.323 Mio.). Davon entfielen 76% (EUR 1.927 Mio., Vorjahr: EUR 1.794 Mio.) auf den Apothekenmarkt, 23% auf den Klinikmarkt (EUR 579 Mio., Vorjahr: EUR 505 Mio.) und 1% auf konzerninterne Umsatzerlöse (EUR 25 Mio., Vorjahr: EUR 24 Mio.). Der Gesamtumsatz von BMS ist im Vergleich zum Vorjahr damit um 9,0% gestiegen. Neben einer allgemein erhöhten Nachfrage ist ein weiterer Grund für den Anstieg das Auslaufen der Herstellerabschlagserhöhung aus dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz aus dem Jahr 2022, der im Jahr 2023 (01.01.2023 - 31.12.2023) von 7% auf 12% erhöht wurde und zum 01.01.2024 wieder auf 7% gesenkt wurde. Das Ergebnis nach Steuern und vor Ergebnisabführung in Höhe von EUR 164 Mio. (Vorjahr: EUR 147 Mio.) hat sich im Vergleich zum Vorjahr dementsprechend um EUR 17 Mio. erhöht, im Wesentlichen aufgrund gesteigener Umsatzerlöse, den oben genannten geringeren Herstellerabschlägen und allgemeiner Kostensenkungsmaßnahmen.

Abgesehen vom eingeplanteten Patentverlust des Produkts Imnovid ist der operative Geschäftsverlauf im Jahr 2024 damit als unverändert positiv einzustufen. Im Rahmen der Vorjahresprognose wurde ein Umsatzwachstum im einstelligen Prozentbereich erwartet, sodass die Prognose erfüllt wurde.

## 2.4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft ist in Deutschland als Vertriebsgesellschaft für die US-amerikanische Muttergesellschaft Bristol-Myers Squibb Company tätig. In Deutschland vertriebene Produkte werden ausschließlich von Konzerngesellschaften bezogen. Die Steuerung erfolgt im Wesentlichen anhand des finanziellen Leistungsindikators „Umsatzerlöse“. Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 wird im Kapitel 2.6.3 zur Ertragslage erläutert, im Kapitel 5.3 werden Erwartungen in Bezug auf die Umsatzerlöse für das Jahr 2025 formuliert.

## 2.5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

### 2.5.1. Arbeitnehmer

Als Vertriebsgesellschaft für Produkte der Bristol-Myers-Squibb Gruppe handelt es sich bei der Qualifikation und Zufriedenheit unserer Mitarbeiter um wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren. Ziel dabei ist es, die Fluktuationsrate möglichst gering zu halten, um eine effizient geführte Organisation aufrecht erhalten zu können. Dies erreichen wir durch aktives Management unserer Mitarbeiterstruktur, Vergütungsmodelle und Arbeitszeitmodelle bzw. Sozialleistungen sowie Fortbildungsmaßnahmen und interne Fördermaßnahmen:

#### Mitarbeiterstruktur

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 1.051 (Vorjahr: 1.101) Mitarbeiter. Hiervon waren zum Stichtag 31. Dezember 2024 54% der Mitarbeiter im Außendienst und 46% im Innendienst tätig.

Zum 31. Dezember 2024 waren 87% der Mitarbeiter in einem Vollzeitverhältnis beschäftigt, 13% in Teilzeit. Der Frauenanteil lag im Geschäftsjahr bei 69%.

#### Vergütung und Bonusmodelle (Innen-/ Außendienst)

Zum 31. Dezember 2024 waren 92% (Vorjahr: 92%) unserer Mitarbeiter außertariflich und 8% (Vorjahr: 8%) tarifgebunden angestellt.



Für die Mitarbeiter im Innendienst bietet Bristol-Myers Squibb die Möglichkeit, ihren Leistungsbeitrag an den Unternehmenszielen auszurichten. Sie werden mit ihrer variablen Vergütung an der Erreichung der vereinbarten Ziele gemessen, welche jährlich neu festgelegt werden. Der Bonus besteht sowohl aus internationalen Finanz- und/oder Bereichszielen als auch aus individuellen Vorgaben.

Der Prämienplan bietet unseren Mitarbeitern im Außendienst die Möglichkeit, ihren Leistungsbeitrag im Team an den gestellten Zielvorgaben auszurichten. Dieser Prämienplan hat zum Ziel, den Mitarbeiter auch über den Prämienzeitraum hinaus zu engagierter Tätigkeit zu motivieren.

### **Mitarbeiterentwicklung**

Neben innovativen Produkten sind gut ausgebildete Mitarbeiter einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren unseres Unternehmens. Aus diesem Grund kommt der fachlichen und persönlichen Entwicklung der Mitarbeiter von Bristol-Myers Squibb eine besondere Bedeutung zu. Neben einer Vielzahl von verpflichtenden Schulungsveranstaltungen sowie einem festgelegten Ausbildungsprogramm für neue Mitarbeiter können unsere Mitarbeiter aus einem breiten Spektrum an freiwilligen Fortbildungsmaßnahmen wählen. Zusätzlich gibt es bei BMS ein Entwicklungsprogramm für „Talents“.

### **Sozialleistungen**

Betriebliche Altersversorgung:

Bei der betrieblichen Altersversorgung handelt es sich um eine ausschließlich durch den Arbeitgeber finanzierte Art der Altersversorgung.

Für die Mitarbeiter, die vor dem 1. Januar 2013 dem Unternehmen beigetreten sind, wird ein fiktives Konto geführt, dem in Abhängigkeit von der Dienstzeit und der Höhe des Einkommens zum Ende eines jeden Kalenderjahres eine Gutschrift für den aktiven Zeitraum der Beschäftigung zugerechnet wird.

Für die Mitarbeiter, die ab 1. Januar 2013 dem Unternehmen beigetreten sind, beinhaltet der neue Altersvorsorgeplan eine Grund- und eine Zusatzversorgung. Zusätzlich steht eine Option auf Berufsunfähigkeitsabsicherung zur Verfügung.

### **Deferred Compensation:**

Diese Art der steuerfreien Entgeltumwandlung bietet unseren Mitarbeitern im Innen- und Außendienst die Möglichkeit einer zusätzlichen Altersvorsorge. Aus Bonus- und Prämienzahlungen werden Beträge in einen LifeCycle Fonds mit unterschiedlichen Risikoprofilen angelegt. Den Mitarbeitern wird von unserer Gesellschaft eine 2%ige Mindestverzinsung ihrer Einzahlungen garantiert, für Neuanlagen ab 2022 garantiert die Gesellschaft die Summe der eingezahlten Beträge, ohne Mindestverzinsung.

### **Mitarbeiter-Aktien (Restricted Stock Units):**

Einmal pro Kalenderjahr erhält ein definierter Personenkreis Mitarbeiteraktien. Der Personenkreis wird jährlich neu festgelegt. Ziel bei der Vergabe ist es, gute Mitarbeiter zusätzlich zu motivieren und ans Unternehmen zu binden.

### **Work-Life Balance**

Arbeitszeit:

Für alle Mitarbeiter gilt das Prinzip der flexiblen Jahresarbeitszeit.

Die Mitarbeiter haben die Möglichkeit 50:50 im Büro und im Homeoffice zu arbeiten. Es gibt derzeit keine Kernarbeitszeit. Es wird den Mitarbeitern dadurch eine höhere Eigenverantwortlichkeit hinsichtlich Arbeitszeitgestaltung eingeräumt und es wird die Flexibilität des Einzelnen für private Termine unterstützt.

Kinderbetreuung:

Zur Stabilisierung der „Work-Life Balance“ der Mitarbeiter zahlt Bristol-Myers Squibb einen Zuschuss zu den Betreuungskosten für nichtschulpflichtige Kinder, bis zu maximal EUR 150 pro Monat. Im Jahr 2024 beantragten 146 Mitarbeiter einen Zuschuss, im Jahr 2023 waren es 164 Mitarbeiter.

BMS kooperiert mit 2 Betreuungseinrichtungen für Kinder ab etwa 1 Jahr, um durch längere Öffnungszeiten und die individuelle Betreuung den jungen Eltern den Spagat zwischen Beruf und Privatleben zu erleichtern.

In der BMS Kids-Arena waren aufgrund der räumlichen Distanz in 2024 nur 1 BMS-Kind untergebracht, in der Kinderbetreuungseinrichtung „Kinderhaus Medienfabrik“ waren es in 2024 im Durchschnitt insgesamt 7 Mitarbeiterkinder.

### **2.5.2. Umweltbelange/Nachhaltigkeit**

Nachhaltigkeit beinhaltet für Bristol Myers Squibb eine zukunftsorientierte Unternehmensführung nach klaren ethischen Gesichtspunkten. Während wir danach streben, immer mehr Patient:innen im Umgang mit schweren Erkrankungen zu unterstützen, wollen wir auf eine Art und Weise wachsen, die die Umwelt respektiert, den gesellschaftlichen Fortschritt fördert und zu einer langfristigen Wirtschaftlichkeit beiträgt. Zudem bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für unsere Mitarbeitenden, die Gemeinden, in denen wir leben und arbeiten, sowie für unsere Lieferketten. Eine langfristige Perspektive auf all diese Themen ist wichtig und steht im Einklang mit der zukunftsorientierten Ausrichtung, die wir aufgrund unseres Entwicklungszyklus benötigen, um auch künftig neue Medikamente für Patient:innen bereitzustellen. Deshalb setzen wir uns Jahr für Jahr konkrete Ziele in puncto Umwelt, Soziales und einer verantwortungsvollen Unternehmensführung.<sup>7</sup> In welchen Bereichen besondere Fortschritte gemacht wurden, ist im ESG-Report 2023<sup>8</sup> zusammengefasst.



Wir sind uns bewusst, dass auch in Zukunft kontinuierlich weitere Anstrengungen erforderlich sein werden, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Daher möchten wir mit den Fortschritten, die wir machen, und der Vision, die uns antreibt, offen und transparent umgehen.

Im Rahmen unserer Aktivitäten in Bezug auf Umweltbelange legt BMS konkrete Verbesserungsziele im Rahmen mehrjähriger Nachhaltigkeitsprogramme fest, definiert konkrete Maßnahmen und kontrolliert deren Fortschritt regelmäßig. Als konkrete Maßnahmen lassen sich beispielhaft folgende Initiativen nennen:

- Eine Nachhaltigkeitszertifizierung des BMS-Bürogebäudes in München durch die Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB)
- 42% weniger Stromverbrauch als vergleichbare Gebäude
- 41 % weniger Energieverbrauch für Kühlen und Heizen als vergleichbare Gebäude
- Verwendung nachhaltiger Wandfarbe
- GS4 Zertifizierte Büromöbel
- Einsparung von ca. 3,1 t Plastik durch zentrale Abfallstationen
- Glaswände sind zu 100% recyclebar
- Nachhaltiges Kantinenkonzept verursacht 35% weniger CO<sub>2</sub> -Emissionen als vergleichbare Einrichtungen
- BMS fördert die Mitarbeiter bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für den täglichen Arbeitsweg mit bis zu EUR 50 pro Monat, um dadurch die Umweltbelastung zu reduzieren.

Im Jahr 2021 hat sich Bristol-Myers Squibb neue ambitionierte Ziele im Hinblick auf Umweltbelange und Nachhaltigkeit gesetzt, um einen Beitrag gegen die negativen Folgen des Klimawandels zu leisten.

- In den Jahren 2024/2025 sollen unsere wissenschaftlich basierten Emissionsreduktionsziele durch die SBTi validiert werden.
- Bis 2030 möchte BMS ausschließlich Strom aus erneuerbaren Quellen beziehen.
- Bis 2040 möchte BMS keinen Abfall unbehandelt deponieren, auf nachhaltige Wassernutzung und seinen Fuhrpark auf elektrische Fahrzeuge umstellen.
- Bis 2050 möchte BMS Netto-Emissionsneutralität hinsichtlich Scope 1,2 und 3 der Wertschöpfungskette erreichen.

## 2.6. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

### 2.6.1. Vermögenslage

Das Gesamtvermögen (Aktiva) der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2023 um EUR 37 Mio. auf EUR 689 Mio. (Vorjahr: EUR 652 Mio.).

Die Zunahme des Gesamtvermögens der BMS ist hauptsächlich auf die Zunahme des Umlaufvermögens um EUR 42 Mio. zurückzuführen. Dagegen verringerte sich das Anlagevermögen durch planmäßige Abschreibungen im Geschäftsjahr um EUR 4 Mio., während sich der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung um EUR 0,1 Mio. verringerte.

Die Position Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände setzt sich zusammen aus den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen und aus sonstigen Vermögensgegenständen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind im Geschäftsjahr 2024 um EUR 25 Mio. gesunken auf EUR 49 Mio. (Vorjahr: EUR 74 Mio.). Dieser niedrigere Bestand ist im Wesentlichen zurückzuführen auf im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere Zahlungseingänge aus Umsatzerlösen in der zweiten Hälfte des Monats Dezember. Probleme mit der Altersstruktur der Forderungen aus Lieferung und Leistung bestehen nach wie vor nicht.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen erhöhten sich um EUR 68 Mio. auf EUR 620 Mio. (Vorjahr: EUR 552 Mio.). Dies ist im Wesentlichen durch einen Nettozugang von Forderungen aus dem Cash-Pooling mit einer Konzerngesellschaft aus dem operativen Geschäft zu begründen, siehe hierzu auch Kapitel 2.6.2.

Der Rückgang des Sachanlagevermögens um EUR 4 Mio. auf EUR 14 Mio. (Vorjahr: EUR 18 Mio.) resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen auf Mietereinbauten, Büromöbel und IT-Equipment.

Den Veränderungen im Anlage- und Umlaufvermögen steht auf der Passivseite hauptsächlich eine Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 31 Mio. sowie ein Rückgang der Rückstellungen für Pensionen in Höhe von EUR 4 Mio. und eine Erhöhung der sonstigen Rückstellungen in Höhe von EUR 18 Mio. gegenüber. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ist vor allem auf deutlich erhöhte konzerninterne Preise zurückzuführen. Die Erhöhung der sonstigen Rückstellungen ist im Wesentlichen durch erhöhte Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen verursacht. Die Verringerung der Pensionsrückstellungen ist vor allem auf Erträge aus dem Deckungsvermögen und auf das veränderte Zinsniveau zurückzuführen. Zudem erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus der Ergebnisabführung zum Vorjahr um EUR 25 Mio. auf EUR 163 Mio. (Vorjahr: EUR 138 Mio.). Die Erhöhung um EUR 25 Mio. resultiert aus dem Zuwachs des Jahresüberschusses vor Gewinnabführung um EUR 17 Mio., sowie die um EUR 8 Mio. niedrigere Zuführung zu den abführungsgesparten Beträgen zum Vorjahr in Höhe von EUR 1 Mio. (Vorjahr: Reduzierung um EUR 9 Mio.). Die Zuführung zu den abführungsgesparten Beträgen in Höhe von EUR 1 Mio. verringert somit die Gewinnabführung von EUR 164 Mio. auf EUR 163 Mio. Die Zunahme der abführungsgesparten Beträge zeigt sich auch in der Erhöhung des Eigenkapitals um EUR 1 Mio.

### 2.6.2. Finanzlage

Vor dem Hintergrund der Cash Management-Vereinbarung unserer Gesellschaft mit der Bristol-Myers Squibb International Company, Dublin, Irland, zur Einrichtung eines Cash-Poolings werden alle kurzfristigen Darlehensforderungen gegen verbundene Unternehmen auch als flüssige Mittel betrachtet.

Der so definierte Bestand an flüssigen Mitteln erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 62 Mio. auf EUR 606 Mio. (Vorjahr: EUR 544 Mio.). Die Kapitalzuflüsse im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden vor allem im Rahmen des operativen Geschäfts generiert.

Die Liquidität der Gesellschaft ist jederzeit durch ausreichende Kreditlinien im Rahmen des Cash-Pooling-Vertrags gesichert, siehe hierzu auch Kapitel 4.3.3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen wie im Vorjahr nicht.

Die wesentlichen Einflussfaktoren auf die Kapitalflüsse der Gesellschaft sind zum einen Einzahlungen aus der Begleichung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und zum anderen Auszahlungen für konzerninterne Wareneinkäufe, für die Begleichung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, für die Abführung von Umsatzsteuerverbindlichkeiten an den Organträger sowie Ergebnisabführungen gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die Muttergesellschaft.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine wesentlichen Investitionen in das Anlagevermögen getätigt.

### 2.6.3. Ertragslage

Bevor im Folgenden im Detail auf die Entwicklung der Umsatzerlöse als wesentlichem Treiber für die Ertragslage eingegangen wird, soll zunächst die allgemeine Ertragslage der Gesellschaft dargestellt werden.

Die Ertragslage des Unternehmens liegt mit einem Ergebnis nach Steuern und vor Ergebnisabführung von EUR 164 Mio. im Geschäftsjahr 2024 über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 147 Mio.). Das Ergebnis nach Steuern entspricht im Normalfall dem Ergebnis vor Steuern aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der steuerlichen Organschaft mit der Bristol-Myers Squibb Holding Germany GmbH & Co. KG.

Das Ergebnis nach Steuern und vor Ergebnisabführung konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, wobei die Hauptgründe für den Anstieg die gestiegenen Umsätze und das Auslaufen der erhöhten Herstellerrabatte aus dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz aus dem Jahr 2022 waren. Die Herstellerrabatte wurden im Jahr 2023 (01.01.2023 - 31.12.2023) von 7% auf 12% angehoben und zum 01.01.2024 wieder auf 7% gesenkt. Zudem haben allgemeine Kostensenkungsmaßnahmen zu dem verbesserten Ergebnis beigetragen.

Die Umsatzerlöse sind im aktuellen Geschäftsjahr um EUR 208 Mio. auf EUR 2.531 Mio. (Vorjahr: EUR 2.323 Mio.) gestiegen. Unsere erfolgreichen Produkte Eliquis<sup>®</sup>, Opdivo<sup>®</sup>, Breyanzi<sup>®</sup> und Yervoy<sup>®</sup> sowie weitere neue eingeführte Arzneimittel entwickelten sich weiterhin sehr positiv. Für weitere Details wird auf die Ausführungen zur Entwicklung der Geschäftsbereiche im weiteren Verlauf dieses Kapitels verwiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind aufgrund gesunkener Konzernweiterbelastungen (EUR 44 Mio.) um EUR 46 Mio. auf EUR 30 Mio. gesunken.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 161 Mio. auf EUR 2.145 Mio. (Vorjahr: EUR 1.984 Mio.) gestiegen. Die Materialaufwandsquote verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr, aufgrund angepasster Transferpreise, um knapp 0,7 Prozentpunkte, so dass im Berichtsjahr die Bruttomarge (Umsatzerlöse abzüglich Materialaufwand im Verhältnis zu den Umsatzerlösen) bei 15,3% (Vorjahr: 14,6%) liegt.

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen bleiben mit EUR 3 Mio. um EUR 1 Mio. unter dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: EUR 4 Mio.).

Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Geschäftsjahr um EUR 27 Mio. auf EUR 134 Mio. (Vorjahr: EUR 161 Mio.) gesunken. Der wesentliche Treiber des Rückgangs sind die Aufwendungen für die Restrukturierungsmaßnahmen, die um EUR 17 Mio. auf EUR 20 Mio. gesunken sind (Vorjahr: EUR 37 Mio.). Zusätzliche Effekte ergeben sich vor allem aus allgemeinen Kostensenkungsmaßnahmen in Bezug auf Kosten für Werbung, Promotion und Marktanalysen (Rückgang um EUR 11 Mio.).

Das Finanzergebnis verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 10 Mio. hauptsächlich aufgrund der geringeren Erträge aus dem Deckungsvermögen der Pensionspläne.

Wie bereits in Kapitel 2.4 beschrieben, stellen die Umsatzerlöse den wesentlichen finanziellen Leistungsindikator für die Geschäftsführung dar. Aus diesem Grund soll nun im Folgenden detailliert auf die Entwicklung der Umsatzerlöse der einzelnen Geschäftsbereiche, wesentlicher Produkte und Neueinführungen im Jahr 2024 eingegangen werden.

#### Cardiovascular:

Eliquis<sup>®</sup> (Apixaban):

Der Umsatz von Eliquis<sup>®</sup> konnte im Geschäftsjahr 2024 auf EUR 1.144 Mio. (Vorjahr: EUR 1.093 Mio.) gesteigert werden. Eliquis<sup>®</sup> gewann deutlich an Marktanteil und war am Marktwachstum beteiligt. Das Präparat / Eliquis<sup>®</sup> wird eingesetzt zur Prophylaxe von Schlaganfällen, der Behandlung von tiefen Venenthrombosen (TVT) und zur Prophylaxe venöser Thromboembolien (VTE).

Camzyos<sup>®</sup>:

Camzyos<sup>®</sup> wird angewendet bei erwachsenen Patienten zur Behandlung der symptomatischen hypertrophen obstruktiven Kardiomyopathie (HOCM) und ist seit Juni 2023 zugelassen. Insgesamt wurde im Jahr 2024 ein Umsatz von EUR 20 Mio. erzielt (Vorjahr: EUR 2 Mio.).

#### Onkologie:

Opdivo<sup>®</sup> (Nivolumab):



Das immunonkologische Produkt Opdivo von BMS wird bei 22 verschiedenen Indikationen angewendet. Dazu gehören die Zulassungen bei metastasiertem Lungenkrebs (Non-small cell lung cancer, NSCLC) sowie bei der neoadjuvanten Behandlung des resezierbaren NSCLC mit Tumorzell-PD-L1-Expression  $\geq 1\%$  bei Erwachsenen mit hohem Rezidivrisiko.

Im Jahr 2024 wurde Opdivo neu für die Behandlung des metastasierten Urothelkarzinoms in Kombination mit Chemotherapie sowie in der ersten Therapielinie des metastasierten Kolorektalkarzinoms mit hoher Mikrosatelliteninstabilität (MSI-H) in Kombination mit Yervoy zugelassen. Der Umsatz von Opdivo<sup>a</sup> erhöhte sich im Jahr 2024 auf EUR 592 Mio. (Vorjahr: EUR 540 Mio.).

Yervoy<sup>a</sup> (Ipilimumab):

Nach der Kombinationszulassung mit Opdivo<sup>a</sup> im metastasierten Melanom als auch mit der Zulassung in der ersten Therapielinie des metastasierten Nierenzellkarzinoms, konnten insbesondere durch die Zulassung im November 2020 Yervoy<sup>a</sup> in Kombination mit Opdivo<sup>a</sup> plus 2 Zyklen Chemotherapie in der ersten Therapielinie des Lungenkrebses (Non-small cell lung carcinoma) weitere Patienten auf die Kombinationstherapie eingestellt werden. Darüber hinaus ist Yervoy<sup>a</sup> in Kombination mit Opdivo<sup>a</sup> in der ersten Therapielinie zur Behandlung des Plattenepithelkarzinoms des Ösophagus mit Tumorzell-PD-L1-Expression  $\geq 1\%$  im Jahr 2022 zugelassen worden. Im Jahr 2024 konnte der Umsatz auf EUR 198 Mio. gesteigert werden (Vorjahr: EUR 174 Mio.).

Abraxane<sup>a</sup> (Paclitaxel<sup>b</sup>):

Seit dem 15. Oktober 2019 wird im deutschen Markt ein Generikum für Abraxane angeboten. Hierdurch bedingt hatte sich der Umsatz im Jahr 2024 um 7 Mio. auf EUR 21 Mio. verringert (Vorjahr: EUR 28 Mio.).

## Hämatologie:

Revlimidä (Lenalidomidä):

Der Umsatz von Revlimidä, welches zur Behandlung des rezidierten und refraktären multiplen Myeloms eingesetzt wird, hat sich im Jahr 2024 auf EUR 8 Mio. (Vorjahr: EUR 24 Mio.) reduziert. Der Umsatzrückgang wurde hauptsächlich hervorgerufen durch den Patentverlust im Juni 2022.

Imnovidä (Pomalidomidä):

Imnovidä, zur Behandlung des rezidierten und refraktären multiplen Myeloms, verzeichnete im Jahr 2024 eine Umsatzsteigerung von +7% auf EUR 122 Mio. (Vorjahr EUR 114 Mio.), aufgrund gesteigerter Nachfrage im Rahmen von klinischen Studien. Seit August 2024 ist Innovidä nicht mehr patentgeschützt.

Emplicitä (Elotuzumabä):

Elotuzumab<sup>a</sup> ist ein immunonkologisches Produkt von BMS, das im Mai 2016 beim Multiplen Myelom in der zweiten und in der dritten Linie zugelassen wurde. Dieser Markt ist durch sehr viele Neueinführungen geprägt, die kurz vor bzw. nach der Empliciti<sup>a</sup> Einführung erfolgten.

Der Umsatz konnte auf EUR 56 Mio. (Vorjahr: EUR 50 Mio.) hauptsächlich aufgrund gesteigerter Nachfrage im Rahmen von klinischen Studien gesteigert werden.

Sprycel<sup>a</sup> (Dasatinib<sup>a</sup>):

Sprycel<sup>a</sup>, ein Tyrosinkinaseinhibitor, wurde 2006 eingeführt und findet seinen Einsatz in der Leukämie (CML) / ALL. Der erste Vertreter dieser Klasse und Marktführer Gleevec von Novartis verlor im Dezember 2016 sein Patent für die ALL. BMS verlor im Jahr 2017 für die Indikation ALL und im Dezember 2022 für die Indikation CML seinen Patentschutz. Es bestehen weiterhin Rabattverträge mit den Krankenkassen. Der Umsatz von Sprycel<sup>a</sup> verringerte sich im Jahr 2024 auf EUR 11 Mio. (Vorjahr: EUR 17 Mio.).

Reblozylä (Luspataceptä):

Reblozyl zur Behandlung von myelodysplastischen Syndromen (MDS) als auch bei Beta-Thalassämie bei Erwachsenen wurde im August 2020 gelauncht, im März 2024 folgte die Indikationserweiterung in die Erstlinientherapie bei MDS. Im Jahr 2024 wurde, trotz einer AMNOG Preisreduktion getrieben durch eine Indikationserweiterung, eine Umsatzsteigerung in Höhe von +50% auf EUR 45 Mio. verzeichnet (Vorjahr: EUR 30 Mio.).

Inrebicä (Fedratinibä):

Inrebic wird angewendet für die Behandlung krankheitsbedingter Splenomegalie oder Symptome bei erwachsenen Patienten mit primärer Myelofibrose, Post-Polychaemia Vera-Myelofibrose oder Post-Essentielle Thrombozythämie-Myelofibrose, die nicht mit einem JAK Inhibitor vorbehandelt sind oder die mit Ruxolitinib behandelt wurden. Der Launch hat im März 2021 stattgefunden. Im Jahr 2024 reduzierte sich der Umsatz auf EUR 8 Mio. (Vorjahr: EUR 9 Mio.).

Onuregä (orales Azacitidinä):

Onureg ist indiziert für die Erhaltungstherapie bei Erwachsenen mit akuter myeloischer Leukämie (AML), die eine komplette Remission oder eine komplette Remission mit unvollständiger Regeneration des Blutbildes nach einer Induktionstherapie mit oder ohne Konsolidierungstherapie erreicht haben und nicht für die HSZT geeignet sind. Im August 2021 wurde Onureg erfolgreich gelauncht. Im Jahr 2024 steigerte sich der Umsatz auf EUR 18 Mio. (Vorjahr: EUR 16 Mio.).

Abecmaä (Idecabtagen vicleucelä):



Abecma ist eine genetisch modifizierte, autologe Immuntherapie, bestehend aus humanen T-Zellen, die mit einem lentiviralen Vektor transduziert wurden, der für einen chimären Antigenrezeptor (CAR) kodiert, welcher das B-Zell-Reifungsantigen erkennt. Abecma wurde zur Behandlung des rezidierten und refraktären multiplen Myeloms ab der vierten Linie bei Erwachsenen im Q4 2021 gelauncht. Im Dezember 2024 wurde Abecma vom deutschen Markt genommen. Der Umsatz belief sich im Jahr 2024 auf EUR 15 Mio. (Vorjahr: EUR 39 Mio.).

Breyanzi<sup>1</sup> (Lisocabtagen maraleuceä):

Breyanzi<sup>1</sup> wird angewendet zur Behandlung von erwachsenen Patienten mit diffus großzelligem BZell-Lymphom (DLBCL), hochmalignem B-Zell-Lymphom (HGBCL), primär mediastinalem großzelligem B-Zell-Lymphom (PMBCL) und follikulärem Lymphom Grad 3B (FL3B), die innerhalb von 12 Monaten nach Abschluss der Erstlinien-Chemoimmuntherapie rezidierten oder gegenüber dieser Therapie refraktär sind. Breyanzi<sup>1</sup> wurde im August 2022 erfolgreich gelauncht. Im Jahr 2024 wurde ein Umsatz von EUR 46 Mio. erzielt (Vorjahr: EUR 12 Mio.).

#### Immunologie:

Orencia<sup>®</sup> (Abatacept<sup>®</sup>):

Das Biologikum Orencia<sup>®</sup> ist zur Behandlung der mäßigen bis schweren aktiven rheumatoiden Arthritis bei Erwachsenen zugelassen. Im Jahr 2017 wurde zusätzlich die Indikation PsA (Psoriasis) zugelassen und im Jahr 2019 wurde eine weitere Dosierungsform für Kinder eingeführt. Im Jahr 2024 steigerte sich der Umsatz auf EUR 109 Mio. (Vorjahr: EUR 86 Mio.).

Zeposia<sup>®</sup> (Ozanimod):

Zeposia wird seit Juli 2020 bei erwachsenen Patienten mit schubförmig remittierender Multipler Sklerose (RRMS) mit aktiver Erkrankung angewendet. Im November 2021 folgte zusätzlich die Indikation bei erwachsenen Patienten mit mittelschwerer bis schwerer aktiver Colitis ulcerosa (UC). Der Umsatz im Jahr 2024 steigerte sich auf EUR 57 Mio. (Vorjahr: EUR 43 Mio.).

Sotyktu<sup>®</sup> (Deucravacitinib):

Sotyktu<sup>®</sup> wird angewendet zur Behandlung erwachsener Patienten mit mittelschwerer bis schwerer Plaque-Psoriasis und ist seit März 2023 zugelassen. Insgesamt wurde im Jahr 2024 ein Umsatz von EUR 17 Mio. erzielt. (Vorjahr: EUR 4 Mio.).

#### 2.6.4. Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Insgesamt weist die Gesellschaft eine unverändert starke und gesunde Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf. Risiken aus der Werthaltigkeit der restlichen Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens sowie den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen aufgrund der Kundenstruktur nicht.

Die Umsatzerlöse von EUR 2.531 Mio. sind im abgelaufenen Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen, vor allem getrieben durch die führenden Produkte Eliquis<sup>®</sup>, Opdivo<sup>®</sup>, Breyanzi<sup>1</sup> und Yervoy<sup>®</sup> sowie durch das Auslaufen der Herstellerabschlagerhöhung aus dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Damit unterstreicht auch der wesentliche Leistungsindikator der Gesellschaft die weiterhin starke Position von BMS.

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt; Online im Internet: Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken

<sup>2</sup> Vgl. Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Seite 53, Online im Internet: monatsbericht-d-0-202412-pdf.pdf

<sup>3</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Online im Internet: Inflationsrate im Jahr 2024 bei +2,2 % - Statistisches Bundesamt

<sup>4</sup> Quelle: IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG: IQVIA Marktbericht Classic - Entwicklung des deutschen Pharmamarktes im Jahr 2024 IQVIA MARKTBERICHT CLASSIC

<sup>5</sup> Quelle: IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG: IQVIA Marktbericht Classic - Entwicklung des deutschen Pharmamarktes im Jahr 2024 IQVIA MARKTBERICHT CLASSIC

<sup>6</sup> Vgl. Ebd

<sup>7</sup> Nachhaltigkeit bei Bristol Myers Squibb (bms.com)

<sup>8</sup> bmy-2023-esg-report.pdf (bms.com)

## 3. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Aufsichtsrat von Bristol-Myers Squibb besteht aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat nach dem FührungsGleichberG mit Beschluss vom 26. Juli 2022 neue Zielgrößen für den Aufsichtsrat und das Management Team mit einer Frist bis zum 31. Juli 2025 festgelegt.

Im Kalenderjahr 2024 waren 2 Frauen und 1 Mann im Aufsichtsrat, was eine Frauenquote von 66% ergibt.

Die Geschäftsführungsebene besteht nur aus einer Person. Die nächste Ebene des oberen Managements (Management Team) beinhaltet, zusammen mit der Geschäftsführung, Ende 2024 12 Mitarbeiter: innen, davon 4 Frauen und 8 Männer. Dies bedeutet, dass Bristol-Myers Squibb auf dieser Ebene eine Frauenquote von 33% erreicht.



Die für 2024 gesetzten Zielgrößen von 33% Frauenanteil für den Aufsichtsrat und 17% für das Management Team wurden zum 31. Dezember 2024 eingehalten und es ist vorgesehen, dass diese Anforderungen auch über die nächsten Jahre hinaus erfüllt bleiben. Im Falle von Neubesetzungen wird der Aufsichtsrat auf jeden Fall eine angemessene Berücksichtigung von Frauen unterstützen. Die für die zwei Ebenen unterhalb des Management Teams für 2024 gesetzten Ziele wurden ebenfalls erreicht.

## 4. Chancen- und Risikobericht

### 4.1. Risikomanagement und internes Kontrollsystem

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA ist als Tochtergesellschaft der Bristol-Myers Squibb Company, New York, USA in das Risikomanagement- sowie in das interne Kontrollsystem des Konzerns eingebunden. Das Unternehmen identifiziert und analysiert Risiken systematisch und leitet daraus Maßnahmen zur angemessenen Adressierung der Risiken ab.

Die Konzernobergesellschaft führt regelmäßig Business Reviews und interne Auditierungen, insbesondere betreffend die Angemessenheit und Wirksamkeit von Prozessen und internen Kontrollen in den Geschäftsbereichen der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA durch, um etwaige Mängel am eingerichteten internen Kontrollsystem abzustellen.

Rechtlichen Risiken im Zusammenhang mit unternehmerischen Entscheidungen werden sowohl durch interne wie gegebenenfalls externe rechtliche Beratung begegnet.

### 4.2. Chancenbericht

Die Muttergesellschaft ist ein weltweit tätiges BioPharma Unternehmen mit einem Fokus auf transformative Medikamente, vor allem in den Bereichen Onkologie, Hämatologie, Cardiovascular, Immunologie und in Erweiterung der bisherigen Ausrichtung auf Neuroscience. Marktchancen für Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA leiten sich zuvorderst durch die Innovationsfähigkeit der Muttergesellschaft ab. Verschiedene Assets mit voraussichtlich hohem Patientennutzen befinden sich gegenwärtig in der Entwicklungs- oder Forschungsphase.

Im Q1 2024 hat das Mutterunternehmen der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA die Akquisition von Mirati Therapeutics, RayzeBio, und Karuna Therapeutics abgeschlossen. Die damit einhergehende Erweiterung der zukünftigen Produktpalette erschließt der Gesellschaft weitere Marktchancen.

Zudem ist das beschlossene Medizinforschungsgesetz ein positiver, erster Schritt zur Verbesserung der Forschungsbedingungen, indem der Preis eines neuen Medikaments wieder direkt mit seinem Nutzen verknüpft wird, wenn ein Teil der Forschung in Deutschland stattfindet. Auch die Entwicklung des Gesetzes im Bereich GMP-Inspektionen in Drittstaaten könnte helfen, Lieferengpässe aufgrund fehlender GMP-Zertifikate zu vermeiden und die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

### 4.3. Risikobericht

Die Darstellung der Risiken erfolgt in der absteigenden Reihenfolge ihrer Bedeutsamkeit unter Berücksichtigung der geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeit und der absehbaren finanziellen Auswirkung.

#### 4.3.1. Absatz- und Marktrisiken

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA erzielt wesentliche Umsatzanteile durch eine geringe Anzahl patent-geschützter Produkte. Angesichts des auf Zeit gewährten Schutzrechts ist die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA auf eine fortwährende Innovationsfähigkeit der Muttergesellschaft angewiesen. Dies bewirkt, dass das Portfolio von BMS von wenigen großen Produkten zu kleineren, spezialisierten Brands weiterentwickeln wird. Bei der Umsetzung dieser Strategie wird darauf geachtet das Kapital strategisch für langfristiges Wachstum und Renditen einzusetzen.

Produktneuzulassungen oder Zulassungserweiterungen bereits vertriebener Produkte können sich aufgrund unvorhergesehener Ereignisse verzögern oder deren Antrag behördlich zurückgewiesen werden, wodurch Umsatzeinbußen zu erwarten wären.

Durch das in Deutschland im Jahr 2011 mit dem Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG) eingeführte Preissetzungsverfahren geht das Risiko sinkender Preise durch Unwägbarkeiten bei der Nutzenbewertung einher.

Risiken bestehen im Fall von möglichen Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die den Verkauf/die Verordnung und die Erstattung betreffen und sich damit auf den Umsatz des Unternehmens auswirken können. Beispielhaft sei auf den gesetzlichen Herstellerrabatt für verschreibungspflichtige und patentgeschützte Medikamente von 7 % verwiesen.

Weitere Ausführungen zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) vom 11. November 2022 werden in Kapitel 5.2 des Lageberichts dargestellt.

#### 4.3.2. Forderungsausfallrisiken

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA analysiert fortlaufend die ausstehenden Forderungen. Sobald das Unternehmen Kenntnis über ein verändertes Kundenrisikoprofil erlangt, werden angemessenen Maßnahmen ergriffen. Insgesamt weist die Kundenstruktur in Deutschland ein geringes Risikoprofil eines Forderungsausfalls auf.

#### 4.3.3. Finanz- und Liquiditätsrisiken

Währungsrisiken werden innerhalb des Konzerns - in Anbetracht der Risikoeinschätzung im Einzelfall angemessen - durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente minimiert.



Die Zahlungsfähigkeit der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA ist durch die Zahlungsfähigkeit der Konzernobergesellschaft gesichert.

#### 4.3.4. Cyberrisiken

Kritische Geschäftsprozesse des Unternehmens sind in IT-Systemen eingebettet, die den gängigen Risiken der Informationstechnologie ausgesetzt sind. Die wesentlichen IT-Systeme in Verbindung mit einem IT-Sicherheitskonzept werden durch die Muttergesellschaft bereitgestellt.

#### 4.3.5. Qualitäts- und Bezugsrisiken

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA ist in hohem Maße in die Produktions- und Wertschöpfungskette des Gesamtkonzerns integriert und dadurch auf die fortlaufende Lieferfähigkeit hochqualitativer pharmazeutischer Produkte durch das Mutterunternehmen angewiesen.

#### 4.3.6. Gesamteinschätzung der Risikolage

Die vorgenannten Risiken stuft das Unternehmen derzeit unter Berücksichtigung der geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeit und der absehbaren finanziellen Auswirkung allesamt als „gering“ ein.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung sind gegenwärtig keine Risiken erkennbar, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben oder sich bestandsgefährdend auswirken könnten.

## 5. Prognosebericht

### 5.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Nach der OECD-Konjunkturprognose für Deutschland wird für 2025 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,7% erwartet.<sup>9</sup> Für 2026 rechnet die OECD mit einem Wachstum von 1,2%. Niedrige Inflation und steigende Löhne werden die Realeinkommen und den privaten Verbrauch stützen. Die privaten Investitionen werden allmählich anziehen durch hohe Unternehmensersparnisse und langsam sinkende Zinssätze unterstützt, aber die politische Unsicherheit wird das Vertrauen der Investoren weiterhin belasten. Die Exporte werden sich langsam erholen, da die Nachfrage der wichtigsten Handelspartner anzieht.

Die OECD erwartet eine moderate Inflationsrate von 2,0 % im Jahr 2025 und 1,9 % im Jahr 2026.

Die Arbeitslosenquote wird nach den Prognosen der OECD im Jahr 2025 leicht steigen und im Jahr 2026 wieder auf das Niveau von 2024 sinken. Der finanzpolitische Kurs wird im Jahr 2025 gestrafft und die öffentlichen Ausgaben damit um 0,4% des BIP zurückgeführt. Im Jahr 2026 sollen die Ausgaben weitgehend stabil bleiben.

Nach den Neuwahlen in Deutschland, einer möglichen Zunahme internationaler Handelsbeschränkungen sowie durch die Möglichkeit sich ausweitender Spannungen im Nahen Osten bleibt die Unsicherheit in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2025 hoch.

### 5.2. Branchenbezogene Entwicklungen

Am 07. März 2025 hat das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die vorläufigen Finanzergebnisse der GKV für das Jahr 2024 veröffentlicht. Aus den Finanzergebnisse des aktuellen Jahres lassen sich mögliche Auswirkungen auf die zukünftigen Erstattungsbedingungen ableiten.

In 2024 betragen die GKV-Arzneimittelausgaben EUR 55,2 Mrd. (Vorjahr: EUR 50,3 Mrd.). Die Ausgaben hatten sich damit im Jahr 2024 nominal um EUR 4,9 Mrd. bzw. 9,9% erhöht. Das BMG ordnet diese Entwicklung wie folgt ein: „Noch dynamischer ist der Ausgabenanstieg im Bereich der Arzneimittel, welcher unter anderem aufgrund der in 2024 ausgelaufenen (einmaligen) Anhebung des Herstellerrabattes in 2023 um 9,9 Prozent (+5,0 Mrd. Euro) gewachsen ist. Die Brutto-Aufwendungen für Arzneimittel ohne Rabatte wuchsen gegenüber dem Vorjahr um rund 7 Prozent (+4,2 Mrd. Euro). Dies stellt den stärksten Anstieg seit über 10 Jahren dar.“<sup>10</sup>

Mit dem Entfallen des ergänzenden Bundeszuschusses von 14 Milliarden Euro wurde das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 2024 auf 17 Milliarden Euro geschätzt. Um diese Lücke zu schließen, hatte der Gesetzgeber mit dem im November 2022 beschlossenen GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) Maßnahmen ergriffen, mit denen die Belastungen auf verschiedene Schultern verteilt werden.<sup>11</sup>

Auf der Ausgabenseite wurden auch Ausgabenkürzungen im Arzneimittelbereich - insbesondere im Bereich patentgeschützter Arzneimittel - vorgenommen. In der Gesetzesbegründung des GKV-FinStG wurden die Reformmaßnahmen im AMNOG mit einer „erheblichen Ausgabendynamik im Arzneimittelbereich“ begründet.

Besonders die AMNOG-Leitplanken führen zukünftig zu einer dauerhaften strukturellen Verschlechterung der Erstattungsbedingungen in Deutschland. Besonders negativ ist hier die Abkehr vom Prinzip der wertbasierten Preisfestsetzung, der Aushöhlung des Prinzips verhandelter Preise zugunsten von mehr Preissetzungsalgorithmen sowie die Kumulierbarkeit der einzelnen Regelungen zu werten. Deshalb erwarten viele Experten, dass dieses Gesetz negative Auswirkungen auf die zukünftige Patientenversorgung haben könnte. Dadurch, dass ca. 40 Länder auf die deutschen Arzneimittelpreise referenzieren, könnten Hersteller ökonomisch gezwungen sein, Präparate nicht mehr zuerst in Deutschland einzuführen oder gänzlich auf die Einführung zu verzichten, um global Umsatz- und Gewinneinbußen zu vermeiden.



Mitte Dezember 2023 hat die Bundesregierung ein Strategiepapier mit dem Titel „Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Pharmabereich in Deutschland“ veröffentlicht.<sup>12</sup> Mit dem Medizinforschungsgesetz (MFG), hat die Bundesregierung bereits erste Maßnahmen der Strategie umgesetzt.<sup>13</sup> Mit dem MFG wurden die Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Zulassung und Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten verbessert. Ziel ist es, die Attraktivität des Standorts Deutschland im Bereich der medizinischen Forschung zu stärken, den Zugang zu neuen Therapieoptionen für Patientinnen und Patienten zu beschleunigen und Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Die durch das MFG eingeführte Möglichkeit unter bestimmten restriktiven Voraussetzungen für die pharmazeutischen Unternehmer im MFG vertrauliche Erstattungsbeiträge zu wählen, löst die strukturellen Probleme nicht ansatzweise, sondern kann im besten Fall die negativen Versorgungseffekte zu geringer Erstattungspreise in Einzelfällen mildern. Dasselbe gilt für die mit dem MFG eingeführten Ausnahmen von den mit dem GKV-FinStG eingeführten „Leitplanken“.

Diese besagen, dass Arzneimittel, bei deren klinischen Prüfungen 5% der Prüfungsteilnehmer an klinischen Studien aus Deutschland kommen, von den „Leitplanken“ für die Preisverhandlungen befreit werden, um so die Vereinbarung höherer Erstattungsbeiträge zu ermöglichen. Für Arzneimittel, die von den Leitplanken befreit sind, ist die betreffende Vereinbarung oder der betreffende Schiedsspruch vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen nach drei Jahren zu kündigen, es sei denn der pharmazeutische Unternehmer legt Unterlagen vor, die eine Arzneimittelforschungsabteilung des Unternehmens und zusätzliche „relevante“ eigene Projekte und Kooperationen mit „öffentlichen Einrichtungen“ in präklinischer oder klinischer Arzneimittelforschung in Deutschland nachweisen.

Das GKV-FinstG war nur ein kurzfristiges Kostendämpfungsgesetz. Durch das Unterlassen durchgreifender Struktur- und Finanzreformen und verstärkt durch das schwache Wirtschaftswachstum werden sich die Finanzprobleme der GKV weiter zuspitzen. Seit Anfang des laufenden Jahres liegt die Sozialabgabenlast der beitragspflichtigen Einnahmen bei mittlerweile 42,5 % und damit knapp anderthalb Prozentpunkte höher als noch im vergangenen Jahr 2024. Die „Sozialgarantie 2021“ mit einer Deckelung des Gesamtsozialversicherungsbeitragssatzes bei 40 % rückt zunehmend in weite Ferne. Das IGES-Institut prognostiziert, dass alle Zweige der Sozialversicherung bis zum Jahr 2035 von erheblichen Beitragssatzanstiegen geprägt sein werden. „Kurzfristig zeigt sich insbesondere in der Kranken- und Pflegeversicherung ein ausgeprägter Ausgabendruck, der auch mittel- bis langfristig Auswirkungen haben dürfte. In der Summe über alle Zweige wird der Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz bereits im Jahr 2029 über 45 % liegen (Basisszenario), bei günstiger Entwicklung nur knapp darunter und bei ungünstiger sogar bei 47 %.“<sup>14</sup>

Durch die negative Finanzentwicklung wird nach der vorgezogenen Bundestagswahl der Konsolidierungsdruck hoch sein. Da echte Strukturreformen Zeit benötigen und oft politisch schwer durchzusetzen sind, besteht die Gefahr, dass auch im Arzneimittelbereich wieder kurzfristige Kostendämpfungsmaßnahmen getroffen werden.

Trotz dieser Rahmenbedingungen werden die Umsätze der Pharmabranche in Deutschland in 2025 voraussichtlich weiter wachsen, wobei ein moderates Wachstum von etwa 2,5% im Vergleich zu 2024 erwartet wird, getrieben durch Innovationen, steigende Nachfrage nach Spezialmedikamenten und den Einsatz von KI in der Forschung.<sup>15</sup>

### 5.3. Unternehmensbezogene Prognose für das Geschäftsjahr 2025

Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Rückgang des Umsatzes im einstelligen Prozentbereich prognostiziert, der hauptsächlich auf den Patentverlust von Imnovid® beruht, der sich seit August 2024 auswirkt.

Der Ukraine-Konflikt, der im Frühjahr 2022 seinen Anfang nahm, wird voraussichtlich auch im Jahr 2025 keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA haben.

Die Umsatzprognosen berücksichtigen zudem die bevorstehenden AMNOG-Preisverhandlungen für mehrere wichtige Produkte wie Opdivo®, Reblozyl®, Zeposia® (sowohl für UC als auch MS), Camzyos® sowie Breyanzi®. Diese Verhandlungen könnten zu weiteren Preisanpassungen innerhalb des BMS-Portfolios führen.

Trotz des erwarteten leichten Rückgangs wird das neue Produktportfolio, bestehend aus Camzyos®, Reblozyl®, Breyanzi® und Sotyktu®, dazu beitragen, den Umsatz zu stabilisieren und das Unternehmen in einer wettbewerbsfähigen Position zu halten.

2025 wird das Produkt Augtyro® auf den Markt gebracht. Es handelt sich um eine zielgerichtete Therapie (Tyrosinkinase Inhibitor) beim ROS1-positiven nichtkleinzelligen Lungenkarzinom (NSCLC) bei Erwachsenen, sowie soliden Tumoren mit NTRK-Genfusion bei Erwachsenen und pädiatrischen Patient:innen.

Die dargestellten Prognosen beruhen auf internen sowie auf gesamtwirtschaftlichen, branchenspezifischen, geografischen und demografischen Annahmen. Wir weisen darauf hin, dass die dargestellten Risiken und Chancen zu von der Prognose abweichenden Ergebnissen führen können.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu und zum nachfolgenden OECD (2024), OECD Economic Outlook, Volume 2024 Issue 2, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/d8814e8b-en>. Zugriff am 27.01.2025.

<sup>10</sup> Vgl. Bundesministerium für Gesundheit (2025), Vorläufige Finanzergebnisse der GKV für das Jahr 2024, Pressemitteilung Nr. 9 vom 7. März 2024

<sup>11</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2024), Unterrichtung durch die Bundesregierung, Evaluationsbericht über die Auswirkungen der Änderungen durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz auf die Versorgung mit Arzneimitteln, Drucksache 20/10008 02.01.2024. S. 11f.

<sup>12</sup> Die Bundesregierung (2023), Strategiepapier - Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Pharmabereich in Deutschland, Handlungskonzepte für den Forschungs- und Produktionsstandort, 13.12.2023.

<sup>13</sup> Vgl. <https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2024/324/VO.html>

<sup>14</sup> Ochmann R. et al. (2025), Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung - Update der szenarienbasierten Projektion bis zum Jahr 2035, IGES Institut (Hrsg.), Kurzbericht für die DAK-Gesundheit, Berlin.

<sup>15</sup> <https://www.vfa.de/de/wirtschaft-standort/macroscope/macroscope-fruehjahrensprognose-us-zoelle-pharma#comment7>

München, den 08. Mai 2025

*Remo Gujer, Geschäftsführer der Bristol-Myers Squibb Verwaltungs GmbH*

## Bilanz zum 31. Dezember 2024

**Aktiva**

	EUR	31.12.2024 EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.044.397,83		13.710
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.701.762,08		4.292
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		10
		13.746.159,91	18.012
B. Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	48.864.776,48		74.227
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	620.412.369,41		552.284
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4.516.254,54		5.466
davon mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: TEUR 2.481 (Vorjahr: TEUR 2.481)		673.793.400,43	631.977
C. Rechnungsabgrenzungsposten		371.881,58	447
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		1.068.817,00	1.177
		688.980.258,92	651.613

**Passiva**

	EUR	31.12.2024 EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	43.336.300,00		43.336
II. Kapitalanteile des persönlich haftenden Gesellschafters			
- ohne Einlage -	0,00		0
III. Kapitalrücklage	10.142.961,57		10.143
IV. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	2.042.071,20		2.042
V. Bilanzgewinn	24.687.950,43		23.231
		80.209.283,20	78.752



	EUR	31.12.2024 EUR	Vorjahr TEUR
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen	21.802.344,23		26.220
2. Sonstige Rückstellungen	173.132.131,27		155.544
		194.934.475,50	181.764
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.806.637,42		18.579
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	398.138.219,34		370.291
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.891.643,46		2.227
davon aus Steuern: TEUR 2.891 (Vorjahr: TEUR 2.227)			
		413.836.500,22	391.097
		688.980.258,92	651.613

## Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

	EUR	EUR	2024 EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse		2.531.072.496,65		2.323.014
2. Sonstige betriebliche Erträge		29.731.052,65		75.644
			2.560.803.549,30	2.398.658
<b>3. Materialaufwand</b>				
a) Aufwendungen für bezogene Waren		-2.143.769.003,63		-1.983.367
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-991.913,41		-1.025
			-2.144.760.917,04	-1.984.392
<b>4. Personalaufwand</b>				
a) Löhne und Gehälter	-118.797.810,36			-110.977
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-21.935.082,11			-27.338
davon für Altersversorgung: TEUR 3.814 (Vorjahr: TEUR 10.324)				
			-140.732.892,47	-138.315
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-3.016.598,06		-3.814
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-133.864.808,00		-160.606



	EUR	EUR	2024 EUR	Vorjahr TEUR
			138.428.333,73	111.531
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		26.395.420,71		36.777
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-21.197,00		-87
			26.374.223,71	36.690
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-1,00	-503
10. Ergebnis nach Steuern			164.802.556,44	147.718
11. Sonstige Steuern			-778.770,94	-660
12. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			-162.566.594,29	-138.283
13. Jahresüberschuss			1.457.191,21	8.775
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			23.230.759,22	14.456
15. Bilanzgewinn			24.687.950,43	23.231

## Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

### I. Allgemeine Angaben

Der Sitz der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA ist München. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRB 154472 im Handelsregister beim Amtsgericht München eingetragen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes unter Beachtung der für große Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB geltenden Bestimmungen aufgestellt worden. Die Berichterstattung erfolgt in Euro.

### II. Bilanzierung und Bewertung

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden blieben, soweit bei den einzelnen Positionen keine gesonderten Erläuterungen erfolgen, gegenüber dem Vorjahr unverändert.

#### 1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Als Nutzungsdauer werden grundsätzlich fünf Jahre (Software) bzw. zehn Jahre (Warenzeichen, Lizenzen, Patente) zugrunde gelegt.

#### 2. Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf das bewegliche Anlagevermögen werden nach der linearen Methode vorgenommen. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis EUR 800 werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Das Sachanlagevermögen wird linear über drei bis dreizehn Jahre abgeschrieben.

#### 3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wird erkennbaren Einzelrisiken durch Einzelwertberichtigungen, dem allgemeinen Kreditrisiko sowie künftigen Skontoabzügen durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Für sämtliche Pensionsverpflichtungen existieren Rückdeckungsversicherungen, welche dem Zugriff Dritter entzogen sind. Entsprechend werden die Verpflichtungen und die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB saldiert ausgewiesen.



## 4. Rückstellungen

### a) Pensionsrückstellungen

Es existieren sowohl beitragsorientierte als auch leistungsorientierte Versorgungspläne für die Mitarbeiter.

Bei dem beitragsorientierten Plan werden die laufenden Beitragszahlungen als Aufwendungen für den betreffenden Zeitraum erfasst. Die Pensionsverpflichtungen sind durch Rückdeckungsversicherungen und Wertpapiere gedeckt. Weiterhin dienen die Rückdeckungsversicherungen und Wertpapiere ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern und der Zugriff anderer Gläubiger ist durch Absicherung in einem Pension Trust entzogen. Diese Vermögensgegenstände sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem Zeitwert angesetzt. Der sich nach der Saldierung des Deckungsvermögens mit der Pensionsverpflichtung ergebende aktive Überhang ist als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ in der Bilanz angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen aus dem leistungsorientierten Versorgungsplan sind mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Berechnung erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) bzw. in Übereinstimmung mit § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem höheren beizulegenden Zeitwert des Deckungsvermögens. Die Berechnungen basieren auf den Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung zugrunde: Zinssatz (durchschnittlicher Marktzinssatz der letzten 10 Jahre bezogen auf eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren, Wahlrecht gemäß § 253 Abs.2 Satz 2 HGB:) p.a. 1,90% (Vorjahr: p.a. 1,82%), Gehaltstrend p.a. 3,0% sowie Rententrend p.a. 1,0% (soweit vereinbart) bzw. p.a. 2,25%, zuzüglich einmalig 3,25%.

Es wurden alle Zusagebestandteile, also sowohl rückgedeckte und als auch nicht rückgedeckte Bestandteile, in die Bewertung nach HGB-Prämissen mit einbezogen. Rückgedeckte Zusagebestandteile wurden mit dem individuellen gemeldeten Aktivwert angesetzt. Dabei wurde, genau wie im Vorjahr, wieder spiegelbildlich zum Vorgehen auf der Aktivseite vorgegangen.

### b) Jubiläumsrückstellung

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels Anwartschaftsbarwertverfahren. Dabei wurde als Rechnungszins der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 7 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Er beträgt 1,96% p.a. (Vorjahr: 1,74% p.a.). Es wurden für künftige Gehaltssteigerungen 3,0% p.a. (Vorjahr: 3,0% p.a.) sowie die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

### c) Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurden keine Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt, soweit sie innerhalb eines Jahres fällig sind.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Das Abzinsungswahlrechts wurde ausgeübt.

## 5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert. Sämtliche Verbindlichkeiten haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

## 6. Verbundene Unternehmen

Die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA gehört über ihren Hauptgesellschafter zum Konzern der Bristol-Myers Squibb Company, New York, USA. Als verbundene Unternehmen werden die Bristol-Myers Squibb Company sowie alle ihre Konzerngesellschaften angesehen.

## 7. Fremdwährungsumrechnung

Die in Fremdwährung bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten (ausschließlich kurzfristig) und die damit im Zusammenhang stehenden Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich mit den Kursen des jeweiligen Zugangsmonats umgerechnet. Zum Abschlussstichtag werden auf fremde Währung lautende kurzfristige Vermögensgegenstände und Schulden zum Devisenkassamittelkurs bewertet.

# III. Erläuterungen zur Bilanz

## 1. Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf das Anlagengitter (Anlage zum Anhang).

## 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** in Höhe von TEUR 620.412 (Vorjahr: TEUR 552.284) resultieren im Wesentlichen aus der Gewährung eines kurzfristigen Darlehens (Cash-Pooling) an die Bristol-Myers Squibb International Company, Dublin, Irland, in Höhe von TEUR 606.368 (Vorjahr: TEUR 544.353). Bei den restlichen Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich um Forderungen aus der Weiterbelastung von konzerninternen Leistungen.



Die **sonstigen Vermögensgegenstände** in Höhe von TEUR 4.516 (Vorjahr: TEUR 5.466) beinhalten im Wesentlichen die gezahlte Kautions im Rahmen des Dienstleistungsvertrages für die Verwaltung des Fuhrparks in Höhe von TEUR 2.481 (Vorjahr: TEUR 2.481), sowie Anzahlungen für Studien in Höhe von TEUR 1.041 (Vorjahr: TEUR 1.914).

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände, mit Ausnahme der Kautions für die Verwaltung des Fuhrparks, sind innerhalb eines Jahres fällig. Diese Kautions hat eine Fälligkeit von 2 Jahren.

### 3. Eigenkapital

Das Grundkapital (gezeichnete Kapital) in Höhe von TEUR 43.336 setzt sich gegenüber dem Vorjahr unverändert wie folgt zusammen:

	EUR
Stammaktien (4.319.050 Stück)	43.190.500
Vorzugsaktien (14.580 Stück)	145.800
Summe	43.336.300

Die Geschäftsanteile befanden sich am 31. Dezember 2024 vollständig im Eigentum der Bristol-Myers Squibb Holding Germany GmbH & Co. KG, München.

Als persönlich haftender Gesellschafter der Kommanditgesellschaft auf Aktien ist die Bristol-Myers Squibb Verwaltungs GmbH mit Sitz in München ohne Vermögenseinlage und ohne Kapitalanteil eingesetzt. Das gezeichnete Kapital des persönlich haftenden Gesellschafters beträgt TEUR 25.

Im Geschäftsjahr 2024 blieben die Gewinn- und die Kapitalrücklage unverändert zum Vorjahr.

### 4. Rückstellungen

Der Erfüllungsbetrag der **Rückstellungen für Pensionen** aus dem leistungsorientierten Versorgungsplan beträgt zum 31. Dezember 2024 TEUR 180.961 (Vorjahr: TEUR 186.905). Entsprechend § 246 Abs. 2 HGB wurde diese Rückstellung mit den Forderungen aus der Rückdeckungsversicherung und sonstiger Deckungsvermögen für Pensionsverpflichtungen (beizulegender Zeitwert) in Höhe von TEUR 161.029 (Vorjahr: TEUR 162.691), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Es ergibt sich ein passiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von TEUR 19.933 (Vorjahr: TEUR 24.213). Der Zeitwert der Rückdeckungsversicherung und der Zeitwert des übrigen Deckungsvermögens von TEUR 161.029 (Vorjahr: TEUR 162.691) übersteigen deren fortgeführte Anschaffungskosten von TEUR 134.299 (Vorjahr: TEUR 137.813) um TEUR 26.730 (Vorjahr: TEUR 24.879). Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt der Ausschüttungs- und Abführungssperre.

Der negative Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR -1.514 aus der Bewertung der Verpflichtung mit dem durchschnittlichen Marktzins von zehn Jahren und der bisherigen Regelung von sieben Jahren unterliegt nicht der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 S. 2 HGB, kann allerdings auch nicht mit dem nach § 268 Abs. 8 HGB ausschüttungsgesperren Betrag verrechnet werden.

Die Gesellschaft bietet ihren Mitarbeitern im Innen- und Außendienst die Möglichkeit einer zusätzlichen Altersvorsorge. Bei dieser sog. „**Deferred Compensation**“ werden Beträge in von der Gesellschaft ausgewählte Investmentfonds mit unterschiedlichen Risikoprofilen angelegt. Den Mitarbeitern wird von der Gesellschaft eine 2%ige Mindestverzinsung ihrer Einzahlungen garantiert, für Neuanlagen ab 2022 garantiert die Gesellschaft die Summe der eingezahlten Beträge, ohne Mindestverzinsung.

Die Wertpapiere (Investmentfonds) sind zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der arbeitnehmerfinanzierten Altersversorgung angelegt und beinhalten die für die Mitarbeiter erworbenen Fondsanteile. Die fortgeführten Anschaffungskosten betragen TEUR 22.962 (Vorjahr: TEUR 21.887) und der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 29.437 (Vorjahr: TEUR 26.603).

Gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB sind Wertpapiere, die dem Zugriff aller übriger Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, mit diesen Verpflichtungen verrechnet worden. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt TEUR 28.368 (Vorjahr: TEUR 25.426). Es ergibt sich ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung von TEUR 1.069 (Vorjahr: TEUR 1.177) gemäß § 246 Abs. 2 S. 3 in Verbindung mit § 266 Abs. 2 Buchstabe E HGB. Der Zeitwert wurde anhand der Kurswerte der Wertpapiere zum Bilanzstichtag ermittelt. Die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem beizulegenden Zeitwert beträgt TEUR 6.475 (Vorjahr: TEUR 4.715), durch die allerdings keine Anpassung der Ausschüttungs- und Abführungssperre erforderlich ist (Vorjahr: TEUR 394).

Der negative Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR -10 aus der Bewertung der Verpflichtung mit dem durchschnittlichen Marktzins von zehn Jahren und der bisherigen Regelung von sieben Jahren unterliegt nicht der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 S. 2 HGB, kann allerdings auch nicht mit dem nach § 268 Abs. 8 HGB ausschüttungsgesperren Betrag verrechnet werden.

Insgesamt sind damit TEUR 26.730 (Vorjahr: TEUR 25.273) für die Abführung gesperrt.

Die **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von TEUR 173.132 (Vorjahr: TEUR 155.544) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Herstellerrabatte, Krankenkassenrabatte, Rückstellungen für AMNOG, Restrukturierungsrückstellungen, ausstehende Lieferanten- und Dienstleisterrechnungen, Mitarbeiterprämien, Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, Urlaubsrückstellungen, Verpflichtungen aus Altlastensanierungen.

Für Altlastensanierungen wurde zum Stichtag 31. Dezember 2024 auf Basis eines im Geschäftsjahr 2021 angefertigten Sanierungsgutachtens, welches im Jahr 2024 aktualisiert wurde, eine Rückstellung in Höhe von TEUR 9.351 angesetzt (Vorjahr: TEUR 9.361).

### 5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen



Dieser Posten in Höhe von TEUR 398.138 (Vorjahr: TEUR 370.291) betrifft Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen gegenüber verschiedenen Konzernunternehmen in Höhe von TEUR 223.210 (Vorjahr: TEUR 222.711), Verbindlichkeiten aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags von TEUR 162.567 (Vorjahr: TEUR 138.283) sowie sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 12.361 (Vorjahr: TEUR 9.298), im Wesentlichen aus Umsatzsteuerverbindlichkeiten.

#### 6. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten von TEUR 2.892 (Vorjahr: TEUR 2.227) bestehen ausschließlich aus Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer.

## IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Umsatzerlöse

<b>Produktbereiche</b>	<b>Umsatz TEUR</b>
Kardiovaskulär	1.163.992
Onkologie	823.717
Hämatologie	333.862
Immunologie	183.734
Virologie	690
Dienstleistungen im Konzernverbund und sonstige Umsatzerlöse	25.077
Gesamt	2.531.072

Die externen Umsatzerlöse wurden im Inland erzielt.

### 2. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von TEUR 29.731 (Vorjahr: TEUR 75.644) sind hauptsächlich Erträge mit Konzerngesellschaften aus der Rückerstattung von Aufwendungen in Zusammenhang mit der Markteinführung von Produkten in Höhe von TEUR 26.997 (Vorjahr: TEUR 34.279) enthalten. Weiter hat die Gesellschaft Erträge aus Währungsumrechnung in Höhe von TEUR 752 (Vorjahr: TEUR 1.021) und Erträge in Höhe von TEUR 108 (Vorjahr: TEUR 0) aus Anlagenverkäufen erzielt.

### 3. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres 2024 lassen sich im Wesentlichen in folgende Kostenarten aufteilen.

	<b>2024 TEUR</b>	<b>2023 TEUR</b>
Werbung, Promotion und Marktanalysen	37.092	47.697
Aufwendungen für Restrukturierung	19.880	36.596
Veranstaltungen, Meetings und Symposien	15.069	14.527
Reisekosten und Aufwendungen für Firmenwagen	13.605	14.405
Aufwendungen für Leistungen verbundener Unternehmen	8.946	9.766
Aufwendungen für Leiharbeiter	6.611	6.831
Unterstützung im Wesentlichen externer Studien	6.407	4.595
Service von Dritten und Beratungsleistungen	6.015	5.493
Aufwendungen für Betriebsstätten	5.162	5.459



	2024 TEUR	2023 TEUR
Aufwendungen aus der Währungsumrechnung	427	920
Sonstiges	14.650	14.317
Sonstige betriebliche Aufwendungen	133.864	160.606

**4.****Finanzergebnis**

Das Finanzergebnis von TEUR 26.374, Ertrag (Vorjahr: TEUR 36.690, Ertrag) setzt sich zusammen aus sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen in Höhe von TEUR 26.395 und Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 21 (Vorjahr: TEUR 36.777 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge; TEUR 87 Zinsen und ähnliche Aufwendungen).

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Zinsen für Guthaben aus der Cash-Pooling-Vereinbarung mit einer Konzerngesellschaft in Höhe von TEUR 22.103 (Vorjahr: TEUR 23.766), Erträge aus der vom Arbeitgeber finanzierten betrieblichen Altersversorgung in Höhe von TEUR 1.518 (Vorjahr: TEUR 11.245, Ertrag) und Erträge aus der Deferred Compensation in Höhe von insgesamt TEUR 2.749 (Vorjahr: TEUR 1.737, Ertrag).

Die Erträge aus der vom Arbeitgeber finanzierten betrieblichen Altersversorgung in Höhe von insgesamt TEUR 1.518 (Vorjahr: TEUR 11.245, Ertrag) setzen sich zusammen aus Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von TEUR 2.798 (Vorjahr: TEUR 13.417, Ertrag) und aus Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 1.280 (Vorjahr: TEUR 3.227). Im Vorjahr gab es zusätzliche Erträge aus der Änderung des Abzinsungssatzes in Höhe von TEUR 1.055.

Die Erträge aus der Deferred Compensation in Höhe von insgesamt TEUR 2.749 (Vorjahr: TEUR 1.737, Ertrag) setzen sich zusammen aus Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von TEUR 3.185 (Vorjahr: TEUR 2.131, Ertrag) und aus Aufwendungen aus der Aufzinsung von Verpflichtungen aus der Deferred Compensation in Höhe von TEUR 436 (Vorjahr: TEUR 409). Im Vorjahr gab es zusätzliche Erträge aus der Änderung des Abzinsungssatzes in Höhe von TEUR 16.

**5. Sonstige Steuern**

Die sonstigen Steuern in Höhe von TEUR 779 (Vorjahr: TEUR 660) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für die Umsatzsteuer aus dem geldwerten Vorteil der privaten Kfz-Nutzung, Kfz-Steuer und Betriebsveranstaltungen in Höhe von TEUR 707 (Vorjahr: TEUR 632).

## V. Sonstige Angaben

**1. Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Der Nutzung eines Teils unserer Anlagen liegen Miet- und Operating-Leasingverträge zugrunde. Dies trägt auch zur Verminderung der Kapitalbindung bei und belässt das Investitionsrisiko beim Vermieter bzw. Leasinggeber. Am 31. Dezember 2024 bestanden folgende Verpflichtungen aus längerfristigen Miet- und Leasingverträgen:

	TEUR
<b>Gebäude</b>	
- fällig bis 31.12.2025	4.766
- fällig 1.1.2026 bis 31.12.2030	25.708
- fällig nach dem 31.12.2030	2.211
	32.685
<b>Kraftfahrzeuge</b>	
- fällig bis 31.12.2025	3.251
- fällig 1.1.2026 bis 31.12.2030	2.340
- fällig nach dem 31.12.2030	0



	TEUR
	5.591
Geschäftsausstattung (insbesondere EDV-Ausstattung)	
- fällig bis 31.12.2025	29
- fällig 1.1.2026 bis 31.12.2030	0
- fällig nach dem 31.12.2030	0
	29
Gesamt	38.305

## 2. Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden bei der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA 1.051 (Vorjahr: 1.101) Mitarbeiter beschäftigt. Es handelt sich ausschließlich um Angestellte. Zum 31. Dezember 2024 waren 87% der Mitarbeiter in einem Vollzeitverhältnis beschäftigt und 13% in Teilzeit. Der Anteil der Außendienstmitarbeiter beläuft sich auf 54%.

## 3. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Honorar des Abschlussprüfers für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt für Abschlussprüfungsleistungen inkl. Prüfung des Reporting Packages TEUR 210.

## 4. Konzernverhältnisse

Der Jahresabschluss der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA wird in den Konzernabschluss des obersten Mutterunternehmens, der Bristol-Myers Squibb Company, New York, Vereinigte Staaten von Amerika, einbezogen, der in New York und auf der Webseite [www.bms.com](http://www.bms.com) erhältlich ist. Die Bristol-Myers Squibb Company stellt den Konzernabschluss für den größten und zugleich kleinsten Kreis von Unternehmen des Bristol-Myers Squibb-Konzerns auf, in den die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA einbezogen ist.

# 5. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2024 vor Gewinnabführung von TEUR 164.024 soll abzüglich einer Anpassung der Ergebnisabführungssperre in Höhe von TEUR 1.457 (im Ergebnis TEUR 162.567) gemäß dem bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag an die Bristol-Myers Squibb Holding Germany GmbH & Co. KG abgeführt werden.

## 6. Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024

### Aufsichtsrat

Dr. Monica Shaw, Senior Vice President, Head European Markets (Vorsitzende).

Alexandre Romualdo, Vice President Finance, Commercialization Finance (stellvertretender Vorsitzender) - bis 29. Februar 2024.

Michael Howley, Vice President, Finance Major Markets (stellvertretender Vorsitzender) - seit 1. März 2024.

Hona Reeb, Betriebsratsvorsitzende der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA (Arbeitnehmervertreterin).

Die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2024 betragen TEUR 0.

### Geschäftsführer

Persönlich haftender Gesellschafter: Bristol-Myers Squibb Verwaltungs GmbH

(vertreten durch) Herrn Neil Archer bzw. Remo Gujer, Geschäftsführer

(Wechsel unterjährig zum 1. Juli 2024)



Die Bezüge früherer Mitglieder der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2024 insgesamt TEUR 518. Insgesamt bestand zum 31. Dezember 2024 eine Pensionsrückstellung in Höhe von TEUR 6.107 für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung.

Da nur ein Geschäftsführer Bezüge von der Gesellschaft erhält, wird gemäß §286 Abs.4 HGB auf eine Angabe verzichtet.

**Angaben gemäß § 285 Nr. 30a HGB**

Mit den von der OECD im Dezember 2021 veröffentlichten „Pillar Two Model Rules“ („Pillar Two“) wird eine globale Mindeststeuer für multinationale Konzerne mit einem konsolidierten Umsatz von mehr als EUR 750 Mio. eingeführt. Die Bristol-Myers Squibb-Gruppe fällt in den Geltungsbereich der „Pillar Two“ Regeln. Am 15. Dezember 2023 hat Deutschland in Übereinstimmung mit der Richtlinie der Europäischen Union die „Pillar Two“ Regeln erlassen, indem es eine Income Inclusion Rule ("IIR") und eine Qualified Domestic Minimum Top-up Tax ("QDMTT") für Steuerjahre eingeführt hat, die am oder nach dem 31. Dezember 2023 beginnen. Darüber hinaus hat Deutschland die Undertaxed Profits Rule ("UTPR") für Geschäftsjahre eingeführt, die am oder nach dem 31. Dezember 2024 beginnen.

Das Unternehmen als Teil der Bristol-Myers Squibb Company ("BMS Group") hat eine Bewertung des potenziellen Einkommensteuerrisikos durchgeführt, welches sich aus den „Pillar Two“ Regeln ergibt. Diese Einschätzung basiert auf dem Jahresabschluss der BMS Group zum 31. Dezember 2024. Auf der Grundlage dieser Bewertung wird erwartet, dass sich Deutschland für die zeitlich befristeten „Safe-Harbor“ Übergangsregeln qualifizieren wird. Diese Veranlagung kann sich aufgrund möglicher zusätzlicher Gesetze und Leitlinien ändern, die vor der Einreichung der „Pillar Two“ Steuererklärung im Jahr 2026 veröffentlicht werden. Alle zukünftigen Änderungen der Schätzung werden als Bestandteil des Ertragsteueraufwands ausgewiesen. Darüber hinaus hat das Unternehmen keine latenten Steueransprüche und -schulden im Zusammenhang mit Ertragsteuern gemäß den „Pillar Two“ Regeln angesetzt.

Die Auswirkungen der „Pillar Two“ Gesetzgebung können in zukünftigen Perioden variieren, da es sich um eine komplexe Berechnung handelt, die von einer Vielzahl von Faktoren abhängt, einschließlich künftiger administrativer Leitlinien, die sich auf die aktuelle Gesetzgebung und die Betriebsergebnisse verbundener Unternehmen, die in Deutschland tätig sind, auswirken können.

Im Jahr 2024 fiel für das Unternehmen keine „Pillar Two“ Aufstockungssteuer an.

**7. Ereignisse nach dem Abschlussstichtag (Nachtragsbericht)**

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

München, den 8. Mai 2025

*Remo Gujer, Geschäftsführer Bristol-Myers Squibb Verwaltungs GmbH*

**Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2024**

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12.2024 EUR
	Stand am 1.1.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	
<b>Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	18.508.516,24	729.933,05	3.663.994,08	0,00	15.574.455,21
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.094.500,21	1.230.373,42	2.493.553,13	4.891,42	9.836.211,92
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10.106,64	0,00	5.215,22	-4.891,42	0,00
	29.613.123,09	1.960.306,47	6.162.762,43	0,00	25.410.667,13
	29.613.123,09	1.960.306,47	6.162.762,43	0,00	25.410.667,13



	Kumulierte Abschreibungen				
	Stand am 1.1.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand am 31.12.2024 EUR
<b>Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.798.834,06	1.859.276,08	1.128.052,76	0,00	5.530.057,38
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.802.504,60	1.157.321,98	1.825.376,74	0,00	6.134.449,84
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	11.601.338,66	3.016.598,06	2.953.429,50	0,00	11.664.507,22
	11.601.338,66	3.016.598,06	2.953.429,50	0,00	11.664.507,22
				Buchwerte	
				Stand am 31.12.2024 EUR	Vorjahr EUR
<b>Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken				10.044.397,83	13.709.682,18
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				3.701.762,08	4.291.995,61
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau				0,00	10.106,64
				13.746.159,91	18.011.784,43
				13.746.159,91	18.011.784,43

## Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA, München

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA, München, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die im Abschnitt 3. des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Zudem haben wir den im Lagebericht enthaltenen als ungeprüft gekennzeichneten Abschnitt 2.5.2 Umweltbelange/Nachhaltigkeit nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und



•vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB, sowie des oben genannten als ungeprüft gekennzeichneten Abschnitts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## **Sonstige Informationen**

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote),
- den im Lagebericht enthaltenen als ungeprüft gekennzeichneten Abschnitt 2.5.2 Umweltbelange/Nachhaltigkeit,
- aber nicht den Jahresabschluss, nicht die inhaltlich geprüften Angaben im Lagebericht und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Angaben im Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.



Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- planen wir die Jahresabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen des Unternehmens bzw. von dessen Geschäftsbereichen einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Jahresabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 9. Mai 2025

**Deloitte GmbH**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**  
*Julius Pinckernelle, Wirtschaftsprüfer*  
*Maximilian Wilsch, Wirtschaftsprüfer*